

# Internationale Freigeistige Rundschau 3/2023

## Europa

### Deutschland

(5785) **Stuttgart.** Die evangelische Landeskirche Württemberg hat beschlossen, in den nächsten sieben Jahren jede vierte Pfarrstelle zu streichen. Als Ursache wird der starke Mitgliederrückgang genannt, aber offenbar ist sogar fraglich, ob überhaupt alle Stellen besetzt werden können, weil sich so wenige junge Menschen für den Pfarrerberuf interessieren und besonders viele Ältere in den Ruhestand gehen. (*Schwäbische Zeitung*, 27.3.23)

(5786) **Aachen.** Das Bistum Aachen will Täter künftig öffentlich nennen. Dem komme „bei der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt eine ganz besondere Bedeutung“ zu, räumte das Bistum ein. „Nach intensiver Beratung“ sei daher entschieden worden, Namen öffentlich zu nennen. Als Täter gelten dabei „diejenigen, die entweder verurteilt wurden oder nach Überzeugung der Kirche im Bistum Aachen Täter waren oder sind“. Der Bistumssprecher meinte, „Die Persönlichkeitsrechte von Tätern treten hinter den Schutz und die Interessen der Betroffenen zurück“. (Pressemitteilung des Bistums Aachen, 8.5.23)

Anm. *MIZ*-Red.: Wenn diese Maßnahme rechtlich zulässig ist, was nach der „intensiven Beratung“ offenbar bejaht wurde, stellt sich schon die Frage, warum sie nicht schon vor 13 Jahren nach Bekanntwerden der ersten Missbrauchsskandale ergriffen wurde. Die Abschreckung wäre für die seitherigen neuen Täter gewiss wirksam gewesen.

(5787) **Bonn.** Die Zahl der Klöster in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren vor allem bei den Frauen deutlich zurückgegangen. Laut der *Deutschen Ordensobernkonferenz* reduzierten sie sich bei den Frauenorden zwischen 2012 und 2022 von 1627 auf nur noch 964. Die Zahl der Niederlassungen von Männerorden sank im selben Zeitraum nur von 461 auf 385.

Vor allem die Lebensform der Nonnen scheint aus der Zeit gefallen zu sein. Ihre Zahl lag Ende 2022 bei 10.953, zehn Jahre zuvor noch bei 19.278 und 2002 sogar bei 28.973. Fast 9000 (also rund fünf Sechstel) sind aktuell über 65 Jahre alt. Bei den 3.349 Ordensmännern ist die Altersstruktur wesentlich ausgeglichener.

Nachwuchsprobleme haben allerdings beide, denn die Zahl der Novizinnen lag 2022 bei 48, die der Novizen bei 21. Nur 12 Ordensmänner wurden im vergangenen Jahr in Deutschland zu Priestern geweiht. (*katholisch.de*, 27.5.23)

(5788) **Straubing.** Das Karmelitenkloster, das der Freistaat Bayern 2018 für teures Geld erworben hatte um es in den Straubinger Campus der Technischen Universität München zu integrieren (vgl. Meldung 5219 der *MIZ* 4/19), steht immer noch leer und muss auch nach heutigem Stand erst noch saniert werden.

Die verbliebenen Patres wohnen in einem Nebengebäude des Klosters, das seit 2015 geschlossen ist. Nach der Sanierung - natürlich vom Staat finanziert - sollen sie wieder einen eigenen Wohnbereich erhalten. Die Karmelitenkirche, die der Freistaat 2018 mitgekauft hatte, soll am 1. Juli mit einem Gottesdienst und einem Staatsempfang zur Universitätskirche erhoben werden, wobei nach wie vor die Frage im Raum steht, warum ein naturwissenschaftlicher Fachbereich überhaupt eine Kirche braucht.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) hatte Anfang 2021 den Erwerb des Klosters als „Überwertankauf“ kritisiert. (*Süddeutsche Zeitung*, 2.6.23)

(5789) **Köln.** Offenbar müssen die Kirchen doch nicht so stark sparen, wie sie gern behaupten. Die von Kardinal Rainer Maria Woelki vorangetriebene Hochschule für Katholische Theologie (KHKT), eine erkonservative Kaderschmiede, rechnet in den kommenden sechs Jahren jedenfalls mit Ausgaben von insgesamt 28 Millionen Euro. Das teilte die Einrichtung der Katholischen Nachrichten-Agentur auf Anfrage mit. Demnach sieht der aktuell vorgelegte Businessplan zwischen 2023 und 2029 jährlich steigende Aufwendungen vor: von 2,9 Millionen Euro in 2023 bis hin zu 4,6 Millionen Euro 2029. Die Ausgaben sollen hauptsächlich über Zuschüsse des Erzbistums Köln gedeckt werden. Sie stammen aus dem erzbischöflichen Fonds, aus dem die Hochschule schon in den ersten drei Jahren ihres Bestehens finanziert wurde. Aus demselben Topf erhalten auch Missbrauchs-betroffene die Zahlungen in Anerkennung des Leids, weil dafür weder Kirchensteuermittel noch Bistumsvermögen verwendet werden sollen. Ebenfalls daraus bezahlt wurden bisher Gutachter und Kommunikationsberater in den Auseinandersetzungen um den Umgang mit Missbrauch.

Auf Initiative Woelkis hatte das Erzbistum die Einrichtung 2020 vom Orden der Steyler Missionare in Sankt Augustin übernommen und baut sie in Köln neu auf. Beobachter sehen darin ein konservatives Gegenüber zur Katholisch-Theologischen Fakultät an der Universität Bonn, wo die angehenden Kölner Priester traditionell studieren. Kritiker, darunter die Vertretung der katholischen Laien, halten den jährlichen Millionenaufwand für überflüssig, weil das Angebot an katholischer Theologie völlig ausreiche. (KNA, 2.6.23)

(5790) **Nürnberg.** Obwohl der evangelische Kirchentag 2023 in einer alten, traditionell evangelischen Reichsstadt bei optimalem Wetter über die Bühne ging, geriet er - trotz massiver Unterstützung mit 9,5 Millionen Euro an staatlichen und kommunalen Geldern - zum krassen Flop. Ihren früher so starken pazifistischen Flügel verlor die Kirche fast komplett; eine deutliche Mehrheit der Anwesenden votierte für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Doch insgesamt blieben viele weg. Während die Organisatoren mit über 100.000 Dauerteilnehmern rechneten, notierte die gewiss kirchenfreundliche *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: "Die Veranstaltung verzeichnet einen scharfen Rückgang der Teilnehmerzahlen. Die Kirchentagsführung versucht zwar bei der letzten Pressekonferenz am Sonntag, von diesem Problem durch einen intransparenten Umgang mit den Zahlen abzulenken. In der Summe dürften jedoch bloß knapp 60.000 Dauerteilnehmer gekommen sein. Beim Dortmunder Kirchentag 2019 waren es noch 80.000, zuvor oft mehr als 100.000." (Humanistischer Pressedienst, 7.6.23; FAZ, 12.6.23)

(5791) **München.** Die rot-grüne Mehrheit im Münchner Stadtrat demonstrierte eindrucksvoll, welche Prioritäten sie setzt, wenn es um kirchliche Interessen und gleichzeitig um lebenswichtige Belange der Menschen geht. Die Erzdiözese ließ ein denkmalgeschütztes Wohnhaus in der Nußbaumstraße über Jahrzehnte hinweg verfallen und informierte nun die meist sehr betagten Mieter von der bevorstehenden Wohnungskündigung. Dies ließ den Stadtrat offenbar kalt. Kurz danach brannte hingegen eine Kirche im Olympiapark wegen eines technischen Defekts völlig ab. Prompt beantragten beide Fraktionen städtische Mittel um die Kirche wieder aufzubauen, obwohl ein Bedarf hierfür nicht besteht. (Allein in 2022 und den ersten vier Monaten 2023 nahm in München die Zahl der Katholiken um 29.000 und der Protestanten um 9.000 ab.) Von der Idee, städtische Mittel lieber für den Erwerb des kirchlichen Hauses und dessen Renovierung einzusetzen, mochte hingegen weder die SPD- noch die grüne Fraktion etwas wissen. (Süddeutsche Zeitung, 7. u. 14.6.23)

(5792) **Köln/Traunstein.** In einem wegweisenden Urteil hat das Landgericht Köln das dortige Erzbistum zur Zahlung von 300.000 Euro Schmerzensgeld an einen heute 64-jährigen Missbrauchsbedröhten verurteilt. Ursprünglich hatte ihn die Erzdiözese mit 25.000 Euro abgespeist. Der Mann hatte daraufhin 750.000 Euro verlangt. Er wurde in den 70er Jahren mehr als 300 Mal von einem Priester missbraucht, der jahrelang weiter als Seelsorger tätig sein durfte, obwohl das Erzbistum 1980 und 2010 über seine Verbrechen informiert worden war. Das Gericht bejahte ausdrücklich eine Amtshaftungspflicht des Erzbistums.

Beobachter gehen nun davon aus, dass sich die Kirchen künftig auf deutlich höhere Entschädigungen einstellen müssen werden als bisher.

Ganz anders reagierte - vorläufig - das Erzbistum München bei einer Schadenersatz- und Schmerzensgeldklage eines Missbrauchten. Obwohl das Landgericht Traunstein keinen Zweifel an der Amtshaftung der Diözese ließ, weigerte sich dessen Anwalt eine Entschädigungssumme zu nennen, sodass nun der ehemalige Ministrant beweisen muss, dass seine schon kurz nach der Missbrauchszeit einsetzende Alkohol- und Drogensucht die direkte Folge des Verbrechens war. (*dpa*, 14.6.23; *Die Zeit*, 22.6.23; *Heinrichsblatt*, 25.6.23)

(5793) **Nürnberg/Freiburg.** Prominente katholische Theologen stellen zunehmend das traditionelle Staat-Kirche-System in Frage.

Der Jesuit Ansgar Wiedenhaus, der die "Offene Kirche Sankt Klara" in Nürnberg leitet, hat großes Verständnis für aus der Kirche Austretende. "Grundsätzlich sind es Leute, die unter der Unwilligkeit zu Änderung, diesem Machtgehebe in der Kirche leiden. Man hat ja den Eindruck, dass man in der Kirche gar nicht rational diskutieren kann, sondern alles über die Machtschiene entschieden wird." Die aktuelle Lage der katholischen Kirche hält der Jesuit für bedenklich; es sehe nicht so aus, dass sie sich reformiere und eine große Zukunft habe. "Vielleicht müssen wir wirklich erst komplett scheitern." Auch ihm selbst kämen Zweifel. "Unterstütze ich ein System, das im Grunde genommen nicht unterstützenswert ist?"

Der Theologe und Ökonom Bernhard Emunds, Leiter des Frankfurter Nell-Breuning-Instituts, forderte auf einer Tagung der Katholischen Akademie Freiburg von der katholischen Kirche einen Verzicht auf die jährlich 600 Millionen Euro teuren Staatsleistungen. Die Kirche solle auch nicht auf einem Lösegeld für das Ende dieser jährlichen Zahlungen bestehen. "Eine Ablösungszahlung in Milliardenhöhe wäre in der aktuellen Lage der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln. Darauf zu verzichten ist ein Akt politischer Klugheit." Andernfalls drohe der Kirche ein gewaltiger Shitstorm. Die meisten Diözesen könnten angesichts ihrer guten Finanzlage auf diese Subventionen leicht verzichten, doch müssten die reicheren Bistümer die ärmeren besser unterstützen. Emunds verwies auch auf die fehlende Transparenz der Diözesen in Finanz- und Vermögensfragen hin. "Die Vermutung liegt nahe, dass einige Bischöfe die wahren kirchlichen Vermögenswerte vor der Öffentlichkeit verstecken wollen." So fehle in vielen Bilanzen eine Bewertung von Immobilien, die auf den aktuellen Marktpreisen und Bodenwerten beruht. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg, 18.6. und 16.7.23)

(5794) **Bonn.** Machtmissbrauch und teilweise auch sexuelle Übergriffigkeit sind auch heute noch im katholischen Kirchenbetrieb weit verbreitet. Dies ergab eine bundesweite Umfrage unter 936 katholischen Gemeinde- und PastoralreferentInnen, unter denen sich mehr als zwei Drittel über entsprechende Erfahrungen beklagten. Die Vorsitzende des Gemeinereferenten-Bundesverbands meinte, ihren Beruf könne sie eigentlich niemandem mehr guten Gewissens empfehlen. Zum Teil stecke nicht einmal ein Machtmissbrauch des einzelnen Geistlichen dahinter, sondern die "strukturelle Zweitrangigkeit" der Nicht-Priester und die "machtmissbräuchliche

Regelung des [innerkatholischen] Systems", womit Frauen von vornherein benachteiligt sind. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg, 25.6.23)

(5795) **Bonn.** Die katholische Kirche hat 2022 den größten Mitgliederschwund ihrer Geschichte hinnehmen müssen. Fast 523.000 Mitglieder traten aus (=2,4%), der Gesamtverlust einschließlich des Überhangs der Verstorbenen gegenüber den neu Getauften liegt bei 708.000 (=3,3%). Zusammen mit der evangelischen Kirche beträgt der Jahresverlust fast 1,3 Millionen Mitglieder; seit 2010 haben beide zusammen rund 8,5 Millionen verloren. Angesichts der anhaltenden Kirchenaustrittsneigung wird bis 2030 eine Schrumpfung von 48 auf 32 Millionen Mitglieder erwartet - also einem vollen Drittel binnen zweier Jahrzehnte. Besonders dramatisch ist der Schwund wiederum in Bayern, wo 2022 über 150.000 Katholiken und fast 50.000 Protestanten austraten und der Anteil der Anderen inzwischen auf über 41 Prozent gestiegen ist. In München ging der Anteil der beiden Kirchen binnen 2,5 Jahren (2021, 2022, 1. Halbjahr 2023) um mehr als ein Achtel zurück (von 39,5 auf 34,5%). in Augsburg um ein Neuntel (von 50,9 auf 45,2%). In beiden Städten liegen die Austrittszahlen in den ersten neun Monaten 2023 nur knapp unter dem Niveau von 2022, aber deutlich über dem von 2021. (Recherchen der MIZ-Redaktion auf Basis der Mitteilungen des katholischen Statistikerferats vom 28.6.23)

Nachtrag: In geradezu groteskem Gegensatz dazu steht die Entwicklung der Kirchensteuereinnahmen. Von 12,0 Milliarden Euro in 2020 stiegen sie über 12,7 in 2021 auf 13,1 Milliarden in 2022.

(5796) **Trier.** Der Trierer Stadtrat hat nach längerer Debatte mit 27 zu 22 Stimmen beschlossen, den „Bischof-Stein-Platz“ in „Platz der Menschenwürde“ umzubenennen. Der Name ging auf eine Initiative von Grünen und SPD in Kooperation mit der Trierer Betroffeneninitiative *MissBiT* zurück. Letztere hatte dem vorherigen Namensgeber Missbrauchsvertuschung in erheblichem Ausmaß vorgeworfen. (*Vatican News*, 6.7.23)

(5797) **Berlin.** Mit Erleichterung haben die *Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS)* und andere säkular eingestellte Verbände auf die Ablehnung einer gesetzlichen Regelung der Suizidhilfe im Bundestag reagiert. Weder der von Kirchenkreisen favorisierte Entwurf eines weitgehenden Verbots mit scharf begrenzter Ausnahmeregelung noch der vermeintlich "liberale" Gegenvorschlag einer regulierten Zulassung von suizidgeeigneten Mitteln bei gleichzeitiger Beratungspflicht für die Suizidwilligen fanden eine Mehrheit. Ein erheblicher Teil der Abgeordneten schätzte beide Entwürfe als verfassungswidrige Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts ein. Damit bleibt die 2020 vom Bundesverfassungsgericht getroffene Grundsatzentscheidung ungeschmälert in Kraft, wonach die eigenhändige Lebensbeendigung als Grundrecht des willensfähigen Menschen einzustufen ist. (*Tagesschau*, 6.7.23; *Tagespresse*, 7.7.23)

(5798) **Nürnberg.** Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Yougov* im Auftrag der *Deutschen Presse Agentur (dpa)* halten 74 Prozent der Menschen ab 16 Jahren die Kirchensteuer nicht mehr für zeitgemäß. Nur 13 Prozent sind gegenteiliger Ansicht, weitere 13 Prozent äußerten dazu keine Meinung.

Konfessionsfreie Verbände weisen allerdings seit längerem darauf hin, dass ja jetzt schon jede steuerpflichtige Person das Recht hat die Kirchensteuer zu sparen und bei entsprechendem Wunsch durch eine (ggf. zweckgebundene) Spende zu ersetzen. (*Augsburger Allgemeine*, 17.7.23)

## *Estland*

(5799) **Talinn**. Das estnische Parlament hat mit 55 gegen 34 Stimmen die Möglichkeit einer gleichgeschlechtlichen Ehe beschlossen. Die liberale Regierungschefin Kaja Kallas sprach von einer „historischen Entscheidung“, mit der man anderen nordischen Ländern folge. „Ich bin stolz auf mein Land. Wir bauen eine Gesellschaft auf, in der die Rechte aller respektiert werden und Menschen frei lieben können“, schrieb sie auf Twitter. Kallas hatte ihre politische Zukunft mit der Verabschiedung des Gesetzes verknüpft. Hätte das Parlament die Ehe für alle nicht legalisiert, wollte die Premierministerin die Vertrauensfrage stellen. Auf Antrag der Opposition kam es später trotzdem zu einer Vertrauensabstimmung, die Kallas aber souverän gewann. Seit April wird Estland von einer Koalition aus Kallas' liberaler Reformpartei, der linksliberalen Partei *Estland 200* und den Sozialdemokraten regiert.

Estlands evangelisch-lutherische Kirche (EELK) hatte sich zuvor klar gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ausgesprochen. Ihr leitender Erzbischof hatte vor dem Parlamentsvotum betont, das estnische Familienrecht berücksichtige bisher das jüdisch-christliche Eheverständnis. „Die geschlechtsneutrale Ehe schafft einen Widerspruch, den niemand braucht“, so der Erzbischof. Rund 70 Geistliche der Kirche sind laut ihm bisher befugt, Eheschließungen im Namen des Staates zu registrieren. Der Erzbischof schloss nicht aus, dass seine Kirche dieses Recht aufgibt, wenn der Staat die Ehe für alle erlaube. Genau das wünschen säkulare Kreise in Estland aber ohnehin seit langem. Der EELK gehören elf Prozent der Bevölkerung an - mehr als jeder anderen Kirche. Über 60 Prozent der Esten sind konfessionsfrei, mehr als in jedem anderen europäischen Land außer Tschechien.

Im Osten Europas erlaubte bisher nur Slowenien gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat. In Estland konnten diese seit 2014 bereits eine eingetragene Partnerschaft eingehen. Auch künftig können in dem Land mit 1,3 Millionen Einwohnern alle Paare alternativ zur Ehe eine Lebenspartnerschaft schließen, die aber weniger Rechte umfasst. (KNA, 21.6.23)

## *Finnland*

(5800) **Helsinki**. Die theologische Fakultät der Uni Helsinki hat der Klimaaktivistin Greta Thunberg einen Ehrendokortitel verliehen. Sie stand auf einer Liste mit ansonsten sieben Theologen. Was die 20-jährige Tochter einer Opernsängerin und eines Schauspielers für einen Ehrendoktor ausgerechnet in Theologie qualifiziert, wurde nicht bekannt. (Informationsbrief der evangelikalen Bewegung *Kein anderes Evangelium*, Juni 2023)

Anm. MIZ-Red.: Ob nun die katholische Kirchen mit einer Seligsprechung zu Lebzeiten nachzieht, bleibt offen. Den Versuch, Thunbergs Popularität religiös zu nutzen, hatten jedenfalls schon einige unternommen. Die katholischen Bischöfe von Würzburg und Hildesheim sowie der frühere Chef der Anglikaner sahen in ihr eine Prophetin und zogen biblische Vergleiche mit Jeremia oder David.

## *Frankreich*

(5801) **Paris**. Präsident Macron hat anlässlich des Weltfrauentags am 8. März angekündigt, er wolle das Freiheitsrecht, sich für einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden, in die Verfassung aufnehmen. Das Parlament werde "in den kommenden Monaten" darüber abstimmen. Im Prinzip reicht dafür in Frankreich eine einfache Mehrheit aus. Auch bei einer möglichen Volksabstimmung wäre eine klare Mehrheit zu erwarten. (*Frankfurter Rundschau*, 9.3.23)

(5802) **Paris.** In Frankreich werden im Jahr 2023 nur 88 Priester geweiht, darunter gar nur 52 Neupriester der Bistümer. Noch vor einem Jahr waren es mindestens 122 – eine Zahl, die auch in den Jahren davor relativ stabil war. Einzig in der Erzdiözese Paris gibt es heuer (mit fünf) mehr als zwei Neupriester. (Mitteilung der französischen Bischofskonferenz, 22.6.23)

Anm. *MIZ-Red.:* Da in Deutschland die Zahl der Neupriester etwa doppelt, die Zahl der Katholiken aber nur gut halb so hoch ist, lässt sich erahnen, wie viel weiter die Säkularisierung in Frankreich fortgeschritten ist.

### *Irland*

(5803) **Kilmore.** Bischof Hayes von Kilmore hat gefordert, dass bis zu 30 Prozent der Pfarreigelände in ganz Irland bis 2030 der Natur überlassen werden sollen. Anlass waren aktuelle Messungen des irischen Meteorologiedienstes *Met Éireann*, wonach dieser der wärmste Juni seit 83 Jahren war.

Im Gegensatz zu vielen kleinen Grundbesitzern verfügt die katholische Kirche Irlands über riesige geeignete Flächen; diese solle sie „als Zufluchtsort für Bestäuber und die biologische Vielfalt ausweisen und pflegen, damit sie auf Dauer von der gesamten Gemeinschaft genutzt werden können“.

Nach Auffassung säkularer Organisationen wäre dieser Vorschlag auch für die sinnvolle ökologische Nutzung in anderen Ländern vorbildlich. In Deutschland verfügen beide Kirchen über jeweils etwa 4500 Quadratkilometer Grund - jeweils mehr als die Fläche der vier kleinsten Bundesländer zusammen. (*The Irish Times*, 15.7.23)

### *Italien*

(5804) **Brüssel/Rom.** Die zuständige EU-Kommission hat Italien erneut aufgefordert, von der katholischen Kirche die übliche *Kommunale Grundsteuer* für kommerziell genutzte Immobilien zu erheben und einzuziehen. Dies hatte sie bereits 2010 angemahnt. Nachdem Italien erklärt hatte, dass infolge einer angeblich unvollständigen Datenlage eine Steuernachforderung unmöglich sei, stellte die EU-Kommission ihre Untersuchung ein und erließ Italien die Nachforderung von Grundsteuer für die Jahre 2006 bis 2011 in Höhe von geschätzten 100 Millionen Euro pro Jahr. Speziell in Rom ist der Immobilienbesitz der katholischen Kirche riesig und umfasst bei weitem nicht nur unkommerziell genutzte Immobilien wie Gebets- oder Tagungshäuser.

Die nichtkirchliche Montessori-Schule *Scuola Elementare Maria Montessori Srl* und Pietro Ferracci, Eigentümer einer Frühstückspension mit zwei Zimmern, wollten die Sonderbehandlung ihrer kirchlichen Konkurrenz nicht dulden und klagten 2016. Ende 2018 gab ihnen die Große Kammer des EU-Gerichtshofs weitgehend Recht. Italien sollte Steuern nachfordern. Als dies nicht geschah, forderte die EU-Kommission die italienische Regierung zum Handeln auf und neu eingereichte Grundsteuererklärungen und Selbstauskünfte einfordern, um an fehlende Daten zum Eigentum zu gelangen. Bisher war die katholische Kirche jedoch nicht bereit, ihre Immobilien genau zu deklarieren und Steuern nachzuzahlen. Die postfaschistische Ministerpräsidentin Meloni traf den Papst im Januar zu einem Gespräch, doch eine Umsetzung der EU-Norm ist seither nicht erfolgt. (*Humanistischer Pressedienst*, 13.4.23)

### *Russland*

(5805) **Moskau.** Der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill hat ein Verfahren gegen den Priester Ioann Burdin angestrengt, der wiederholt für einen Frieden im Ukraine-Krieg eintrat. Der Geistliche ist einer von rund 300 russisch-orthodoxen Priestern und Diakonen, die in einem Offenen Brief vom 1. März 2022 zur Versöhnung und sofortigen Waffenruhe in der Ukraine aufriefen.

Wegen "Diskreditierung der russischen Streitkräfte", seit 4. März 2022 strafbar nach dem russischen Gesetzbuch für Ordnungswidrigkeiten, musste Burdin bereits im gleichen Monat 35.000 Rubel (rund 400 Euro) zahlen, weil er von "Krieg" statt einer "Spezial-Operation" in der Ukraine gesprochen hatte. Auf eigenen Wunsch ließ er sich dann von seinem Bischof Ferapont beurlauben. Der Bitte um Versetzung in die Bulgarische Orthodoxe Kirche entsprach der Oberhirte allerdings nicht, sondern ließ seinen Vorgesetzten Kyrill ein Amtsenthebungsverfahren einleiten.

Besonders brisant ist die Tatsache, dass Burdin von seinem Bischof die Anklageschrift gegen ihn ausgehändigt bekommen hat, die nun öffentlich wurde. Darin wird ihm vor allem "Ungehorsam gegenüber dem Patriarchen" vorgeworfen. Burdins Aussagen zum Krieg spielten dabei nur insofern eine Rolle, als sie im scharfen Widerspruch zur Haltung des Patriarchats stehen, das eine radikale Unterordnung unter die Hierarchie der Russischen Orthodoxen Kirche fordert. Die Anklageschrift verurteilt ausdrücklich den Pazifismus, der Burdin vorgeworfen wird, als "Häresie". So habe es etwa schon immer "gesegnete Krieger zur Verteidigung des Vaterlandes" gegeben. (*BR-Kirchenfunk*, 16.6.23)

## *Schweiz*

(5806) **Genf.** Der russische Patriarch Kyrill hat in den 70er Jahren in Genf für den gleichen Arbeitgeber gearbeitet wie der spätere Kreml-Chef Wladimir Putin, nämlich für den sowjetischen Auslandsgeheimdienst KGB. Dies geht aus der inzwischen freigegebenen Akte der Schweizer Bundespolizei hervor, die im dortigen Bundesarchiv liegt. Die russisch-orthodoxe Kirche lehnte zu dieser Erkenntnis jeden Kommentar ab. (*Le Matin Dimanche*, 5.2.23)

(5807) **Bern.** Der christliche Chef-Armeeseelsorger der Schweiz macht sich für muslimische Gebete und islamische Militärseelsorger stark. Gleichzeitig betonte er, dass er sich eine unverändert starke Stellung der Militärgeistlichen in der Schweizer Armee wünsche. Auf kritische Äußerungen von Seiten linker wie rechter Parteien meinte er: „Für die Armee gilt das Primat der Politik. Wir arbeiten gemäß den politischen Vorgaben.“ Säkulare Kreise vermuten, dass die christlichen Kirchen die Muslime ins Boot holen wollen um bei rückläufigen Mitgliederzahlen ihre Stellung in der Öffentlichkeit zu halten. (*kath.ch*, 8.7.23)

## *Spanien*

(5808) **Madrid.** In den Reihen der katholischen Kirche Spaniens sind laut einer neuen Auswertung seit 1945 mindestens 927 Minderjährige missbraucht worden. Die Bischofskonferenz wies aber darauf hin, dass es sich nicht um eine abschließende Zahl handle. Das vorläufige Ergebnis beinhalte lediglich die Fälle, die seit 2019 bei eigens geschaffenen kirchlichen Beschwerdestellen erfasst worden seien. Eine von den Bischöfen beauftragte Anwaltskanzlei, die zurzeit eine landesweite Missbrauchsstudie erstellt, geht von einer wesentlich höheren Opferzahl aus. Laut der nun veröffentlichten Untersuchung wurden 728 Kirchenmitglieder beschuldigt, seit den 1940er Jahren Minderjährige missbraucht zu haben. 75 Prozent der Fälle ereigneten sich demnach vor 1990. Die meisten Beschuldigten seien bereits gestorben. Bei den Tätern handelt es sich den Angaben zufolge fast ausschließlich um Männer (99 Prozent), die Opfer waren zumeist Jungen (82

Prozent). Von den Tätern seien 378 Priester gewesen, hinzu kämen 208 Ordensleute ohne Priesterweihe und 92 Laien. In den übrigen Fällen habe der genaue Status nicht geklärt werden können, hieß es. Fast alle registrierten Übergriffe hätten in Schulen, Seminaren und Internaten stattgefunden.

„Wir empfinden Schmerz und Scham“, sagte der Generalsekretär der spanischen Bischofskonferenz bei der Vorstellung des Berichts. Es müsse noch viel getan werden, um der „Geißel des sexuellen Missbrauchs“ in der spanischen Kirche ein Ende zu setzen. (KNA, 2.6.23)

Anm. MIZ-Red.: Diese letzte Wortwahl des Sprechers der Bischofskonferenz wurde heftig kritisiert, denn von einer "Geißel" wird gemeinhin gesprochen, wenn ein von außen kommendes Übel unverschuldet über die Gesellschaft hereinbricht. Hier ist das Übel hingegen vom Klerus selbst verschuldet und alles andere als unabwendbar.

## *Ukraine*

(5809) **Vatikanstadt.** Ukraines Präsident Selenskyi hat das Angebot des Papstes abgelehnt, im Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Von den "unablässigen Gebeten für den Frieden", auf die der Pontifex hinwies, hält der Staatsmann nichts. Das Vermittlungsangebot ignoriere die völlig unterschiedliche Ausgangslage von Russland und Ukraine. "Opfer und Aggressor können nicht gleichgesetzt werden", rügte er die Papst-Aussagen. (*Süddeutsche Zeitung*, 15.5.23)

## *Vatikan*

(5810) **Vatikanstadt.** Im Petersdom zog sich ein Mann polnischer Staatsangehörigkeit nackt aus, kletterte auf einen Altar und zeigte auf seinem Rücken eine englische Aufschrift „Rettet die Kinder der Ukraine“. Der Mann wurde von Ordnungshütern festgehalten und gemäß den Bestimmungen der Lateranverträge zwischen Italien und dem Heiligen Stuhl von den vatikanischen Behörden an die italienische Polizei übergeben. Die Polizei stellte ihm einen Verweis aus, der ihn zum Verlassen des italienischen Hoheitsgebiets verpflichtet. Diese Lappalie war für den Heiligen Stuhl Anlass genug, einen Bußritus anzusetzen, den Kardinal Gambetti zelebrierte, der Generalvikar des Papstes für die Vatikanstadt, Erzpriester des Petersdoms sowie Präsident der Dombauhütte von St. Peter. Welchen Sinn ein solches Bußritual haben und weshalb hier von wem wofür gebüßt werden soll, blieb unklar und wurde vom Vatikan auch nicht erläutert. Offenbar handelt es sich um ein uraltes "Reinigungsritual", das auch in modernen Zeiten nicht außer Kraft gesetzt wurde. (*Vatican News*, 3.6.23)

(5811) **Berlin.** Der Apostolische Nuntius in der Bundesrepublik, Erzbischof Nikola Eterovic, hat das Reichskonkordat der katholischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Deutschland verteidigt. „Der Heilige Stuhl schaut heute auf das Bestehen dieses Konkordats mit Zufriedenheit zurück“, sagte er in der Berliner Katholischen Akademie. Bei einer Veranstaltung zum 90. Jahrestag der Unterzeichnung erklärte Nuntius Eterovic, dass der Vertrag dazu beigetragen habe, „kirchliches Leben in Deutschland zu garantieren“. Der Papst-Botschafter räumte ein, dass die Entstehung des Reichskonkordats „in die frühe Epoche der nationalsozialistischen Gleichschaltung des kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens in Deutschland fiel“. Den Vertrag als ersten außenpolitischen Erfolg Hitlers darzustellen, stellte er jedoch als "sowjetische und nationalsozialistische Propaganda" dar. Eine solche Bewertung habe vor allem den Heiligen Stuhl in Misskredit bringen sollen. Dies beeinflusse Historiker bis heute, so der Nuntius, und sie seien in das „Narrativ einer international agierenden anti-kirchlichen Geschichtsschreibung eingegangen“.



Das Bundesverfassungsgericht habe dagegen 1957 „unbeirrt von dieser zeitgenössisch und bis in die bürgerlichen Parteien propagierten Polemik“ die Gültigkeit des Reichskonkordats für die Bundesrepublik Deutschland anerkannt, weil sie völkerrechtlich mit dem Deutschen Reich identisch sei. (*Katholische Nachrichten Agentur*, 15.6.23)

(5812) **Vatikanstadt.** Der Papst hat seinen Landsmann, Erzbischof Victor Fernandez, zum Chef der Glaubenskongregation und der internationalen Theologenkommission ernannt, obwohl ihm von mehreren Seiten die Vertuschung einiger Missbrauchsfälle durch Priester vorgeworfen wird. Die US-Organisation *BishopAccountability.org* hielt Fernandez Fehlverhalten bei einem Priester seiner Diözese La Plata vor, die Zeitung *La Izquierda Diario* beschrieb gar elf derartiger Fälle. Sogar der Beschuldigte selbst räumte ein, es falle ihm schwer, angesichts der Vorwürfe Leitungsverantwortung zu übernehmen. Doch der Papst habe ihn dazu überredet. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.7.23)

## **Nordamerika**

### *Vereinigte Staaten*

(5813) **Vatikanstadt/Boston.** Der Papst hat schon wieder Ärger mit dem nächsten Finanzskandal. Der ehemalige Leiter der päpstlichen Missionswerke in Amerika, Andrew Small, der zehn Jahre lang als Chef einer Spendenkasse namens *TPMS-US* angeblich Geld für arme Bistümer sammeln ließ, gründete eigene Finanzfirmen, die er auch als CEO leitet, und verschob dorthin mindestens 17 Millionen US-Dollar aus der vatikanischen Spendenkasse *TPMS-US*. Letztere musste daraufhin 10,2 Millionen Dollar als unwiederbringlichen Verlust abschreiben. Brisant sind die Transaktionen auch deshalb, weil Small auch in der päpstlichen Kinderschutzkommission mitarbeitet, deren Präsident der Bostoner Kardinal O'Malley ist, der langjährige Förderer von Small und gleichzeitig enger Freund des Papstes. Smalls Wirken war auch der Hauptgrund für den spektakulären Austritt des anerkannten Kinderschutzexperten Zollner aus der päpstlichen Kinderschutzkommission (vgl. letzte *MIZ*, Meldung 5775). Zollner hatte ausdrücklich vor den undurchsichtigen Finanzstrukturen der Kommission gewarnt. (*Süddeutsche Zeitung*, 6.6.23)

(5814) **Washington.** Der frühere Kardinal Theodore McCarrick ist angeblich nicht in der Lage, sich in Massachusetts wegen sexuellen Missbrauchs vor Gericht zu verantworten. Zu diesem Schluss kommt ein vom Staat beauftragter psychiatrischer Gutachter nach einer Untersuchung des Beschuldigten. Die Wiederaufnahme des Falls könnte dazu führen, dass die ursprünglichen strafrechtlichen Anklagen gegen den 92-Jährigen wegen des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen und Seminaristen fallen gelassen werden. Die Anklage wegen sexueller Nötigung, die im April in Wisconsin gegen McCarrick erhoben wurde, ist noch anhängig, ebenso wie eine Reihe von Zivilklagen gegen den notorischen Ex-Kardinal. Er soll unter anderem einen Teenager in den 1970er Jahren während einer Hochzeitsfeier am Wellesley College in Massachusetts, sexuell missbraucht haben. Dieser heute 64-Jährige machte seine Anschuldigungen 2018 in einem Interview mit der *New York Times* öffentlich. Er sagte der Zeitung, McCarrick habe ihn seit seinem elften Lebensjahr wiederholt sexuell missbraucht. Barry Coburn, ein Anwalt des Ex-Kardinals, der Jahrzehnte lang zahlreiche junge Buben, Seminaristen und anderen Männer sexuell missbraucht haben soll, lehnte eine Stellungnahme für seinen Mandanten ab. Obwohl McCarrick während des

gesamten Prozesses, der Ende 2021 begann, schwieg, äußerte er sich im Februar 2023 in einem Telefoninterview mit *NorthJersey.com* zu den Vorwürfen. McCarrick behauptete, die Aussage des Opfers sei "nicht wahr". Von der Diözese wurde dazu offenbar kein Kommentar abgegeben. (*Catholic News Agency*, 30.6.23)

(5815) **Washington.** Der Oberste Gerichtshof der USA hat mit einer 6:3-Entscheidung zugunsten einer christlich-fundamentalistischen Webdesignerin entschieden, die sich weigerte, Dienstleistungen für die Hochzeit eines gleichgeschlechtlichen Paares zu erbringen.

In ihrem Bundesstaat Colorado verbietet ein Gesetz die Diskriminierung von Menschen, die sich als LGBTQ+ identifizieren. Dagegen klagte nicht nur sie, sondern (mit einer eigenen Klageschrift) auch die katholische US-Bischöfskonferenz und andere Glaubensorganisationen, darunter die *Colorado Catholic Conference*, der *General Council of the Assemblies of God*, die *General Conference of Seventh-Day Adventists* und die *Billy Graham Evangelistic Association*.

Die konservative Mehrheit im Obersten Gericht urteilte, es wäre ein „verfassungswidriger Zwang“, wenn der Bundesstaat die Klägerin „entgegen ihren religiösen Überzeugungen“ zu einer entsprechenden Tätigkeit verpflichten würde. Zum Mehrheitsurteil schrieb die liberal orientierte Richterin Sonia Sotomayor: „Heute gewährt das Gericht zum ersten Mal in seiner Geschichte einem öffentlich zugänglichen Unternehmen das verfassungsmäßige Recht, die Bedienung von Mitgliedern einer geschützten Klasse zu verweigern.“ Ein solches Recht enthalte die Verfassung aber nicht. Die Kritiker des Urteils argumentierten, dass jetzt möglicherweise auch der Weg geebnet werden könnte für die Diskriminierung nicht nur von Menschen, die sich als LGBTQ+ identifizieren, sondern auch von anderen Menschen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder ihres Einwanderungsstatus, indem solchen Gruppen eine Dienstleistung verweigert werden kann. (*Uca News*, 5.7.23)

Den eigentlichen Skandal haben jedoch alle Kläger verschwiegen: Wie eine Bombe platzte nämlich die Nachricht herein, dass es ein solches gleichgeschlechtliches Hochzeitspaar als Auftraggeber gar nicht gab, sondern es von christlichen Kreisen (möglicherweise auch von der Klägerin selbst) einfach erfunden wurde. Offenbar hatten es seit 2016 alle Vorinstanzen wie auch das Oberste Gericht nicht für nötig befunden, die angeblichen Kunden als Zeugen zu befragen. (*Süddeutsche Zeitung*, 7.7.23)

(5816) **New York.** Erstmals in der Geschichte des Landes hat die Arzneimittelbehörde FDA eine Antibabypille zugelassen, die ohne Rezept verkauft werden darf. Dies ist umso bedeutsamer, als laut FDA beinahe die Hälfte aller Schwangerschaften ungeplant zustande kommt. Das Medikament Opill, hergestellt von der irischen Perrigo Company, soll überdies relativ preiswert sein. Da allerdings etwa 30 Millionen Einwohner keine Krankenversicherung haben, wird viel davon abhängen, wieweit gemeinnützige Organisationen wie die *Kaiser Family Foundation* (KFF) Kosten für Verhütungsmittel übernehmen. (*Süddeutsche Zeitung*, 15.7.23)

## **Afrika**

### *Ruanda*

(5817) **Kapstadt.** Nach jahrelanger Flucht ist der ruandische Kriegsverbrecher Fulgence Kayishema in Südafrika festgenommen worden. Ihm wird vorgeworfen, den Mord an mehr als 2.000 Tutsis organisiert zu haben, die sich 1994 in eine katholische Kirche geflüchtet hatten. Insgesamt waren bei dem Genozid innerhalb

von 100 Tagen mindestens 800.000 Angehörige der Tutsi-Volksgruppe und gemäßigte Hutus ums Leben gekommen. Viele wurden in Kirchen umgebracht, ein beträchtlicher Teil mit Beihilfe von Priestern oder Ordensleuten. (KNA, 26.5.23)

## *Uganda*

(5818) **Kampala.** Ein neues Anti-Homosexuellen-Gesetz in Uganda hat weltweit Entsetzen ausgelöst. Es führt für "schwere Homosexualität" die Todesstrafe ein, d.h. für sexuelle Beziehungen, an denen mit HIV infizierte Personen beteiligt sind. Gleiches gilt für Sex mit Minderjährigen und anderen als gefährdet eingestuften Personen. Homosexuelle Handlungen waren bereits zuvor illegal und konnten mit lebenslanger Haft bestraft werden.

Das neue Gesetz stellt auch "versuchte schwere Homosexualität" unter Strafe und ermöglicht dafür bis zu 14 Jahren Haft. Personen oder Gruppen, die sich für homosexuelle Personen einsetzen, wie etwa Aktivistenvereinigungen, können mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft werden. Das Gesetz wird von vielen Menschen in Uganda unterstützt, vorrangig von religiösen Kreisen.

Schon vor Unterzeichnung des Gesetzes seien die Auswirkungen zu spüren gewesen, sagte der ugandische LGBTQ-Aktivist Sam Ganafa. Krankenhäuser wiesen Homosexuelle ab, weil die Einrichtungen fürchteten, von der Regierung schikaniert zu werden. "Das ist eine traurige Nachricht. Unsere Leute müssen sich wieder verstecken", sagte Ganafa der Nachrichtenagentur *dpa*.

Verschiedene Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten haben bereits angekündigt, gerichtlich gegen das Gesetz vorzugehen. Ein ähnlicher Vorstoß des Parlaments für ein Antihomosexualitätsgesetz war 2014 vom Verfassungsgericht gekippt worden. (*Tagesschau*, 30.5.23)

Zu dem Gesetz trugen auch Stellungnahmen verschiedener christlicher Kirchen bei. So lehnten die ugandischen Anglikaner demonstrativ einen Beschluss der Kirche von England ab, homosexuelle Paare zu segnen. Gottes Wort sage, dass der einzige Kontext für sexuelle Beziehungen die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau sei. (Informationsbrief der evangelikalen Bewegung *Kein anderes Evangelium*, Juni 2023)

## **Asien**

### *Volksrepublik China*

(5819) **Vatikanstadt.** Der Papst hat Mitte Juli nachträglich Joseph Sin zum neuen Bischof für Shanghai ernannt, nachdem ihn der chinesische Staat bereits Anfang April eingesetzt hatte ohne den Heiligen Stuhl darüber auch nur zu informieren. Am 17. April 2010 wurde Sin - damals noch mit dem beiderseitigen Einverständnis des Heiligen Stuhls und der chinesischen Behörden - auf den Bischofssitz von Haimen berufen. Das religiöse Recht, katholische Bischöfe zu ernennen, steht nach Auffassung des Vatikan allein dem Papst zu. Die Regierung in Peking beansprucht aber für sich, katholische Bischöfe im Land selbst zu ernennen. Papst Franziskus habe den einseitigen Schritt Chinas zum "höheren Nutzen" der Gläubigen in Shanghai akzeptiert, sagte Kardinalstaatssekretär Parolin nun. Die chinesische Regierung habe aber gegen den "Geist der Zusammenarbeit" verstoßen, der 2018 zwischen China und dem Vatikan über Bischofsernennungen festgelegt worden sei. Da China und der Heilige Stuhl keine diplomatischen Beziehungen unterhalten, hatten sie sich 2018 auf ein provisorisches Abkommen zu Bischofsernennungen geeinigt, über das aber offensichtlich kein Einverständnis erzielt wurde. (*Vatican News*, 15.7.23; *Tagesschau*, 15.7.23; vgl. auch *MIZ* 2/23, Meldung 5780)

## Indien

(5820) **Jalandhar.** Nach Vergewaltigungsvorwürfen vonseiten einer Ordensfrau und Protesten gegen seine weitere Amtsführung ist der Bischof von Jalandhar, Franco Mulakkal, zurückgetreten. Der Papst nahm den Amtsverzicht des 59-jährigen indischen Bischofs nun endlich an, wie der vatikanische Pressesaal mitteilte.

Wie üblich, nannte der Vatikan keine Begründung für den Rücktritt. Mulakkal war Anfang 2022 von einem Gericht in Kerala in einer Anklage wegen mutmaßlicher Vergewaltigung wegen fehlender Beweise freigesprochen worden. Eine Ordensfrau beschuldigte ihn, sie zwischen 2014 und 2016 in einem Kloster in Kerala wiederholt vergewaltigt zu haben.

Im Februar 2023 empfing der Papst Mulakkal zu einem Gespräch im Vatikan. Dabei soll der indische Bischof nach eigener Aussage den Papst über sein Rücktrittsgesuch informiert haben - und mutmaßlich auch darüber, dass die Vorwürfe zutreffend waren. Die Audienz wurde unter anderem vom katholischen Forum *Sisters in Solidarity (SIS)* kritisiert. Sowohl der Bundesstaat Kerala wie auch die klagende Ordensfrau hatten Berufung gegen den Freispruch für den Bischof eingelegt, der Fall sei noch nicht vorbei.

Der Skandal schlug in Indien hohe Wellen. Das mutmaßliche Opfer und fünf weitere Ordensfrauen warfen der Kirche in Kerala, der Indischen Bischofskonferenz sowie dem Vatikan (und damit dem Papst persönlich) vor, den Vergewaltigungsvorwurf zu ignorieren. Zahlreiche katholische Priester und Ordensleute schlossen sich einem weltweiten Aufruf zur Suspendierung des Bischofs an. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe hatte Mulakkal schon ab Herbst 2018 sein Bischofsamt ruhen lassen. Der Papst ernannte damals für die Diözese Jalandhar zwar einen Apostolischen Administrator als Übergangsleiter, forderte den Bischof aber weder zum Rücktritt auf noch entthob er ihn seines Amtes. (KNA, 1.6.23)

Anm. *MIZ-Red.*: Wer die *Internationale Rundschau* regelmäßig liest, weiß längst, dass dies nicht der erste Fall ist, wo der Papst selbst als Vertuscher von Missbrauchs- und Vergewaltigungsvorwürfen fungiert. Dies war vor allem, dann der Fall, wenn es um die Vergewaltigung von Nonnen durch Priester ging.

## Israel

(5821) **Jerusalem.** Der Hass auf nichtjüdische Minderheiten wird spürbar stärker, seit rechtsextreme Parteien an der neuen Regierung beteiligt sind. Der Leiter eines christlichen Klosters berichtet, er werde auf der Straße fast täglich angespuckt, was früher einmal im halben Jahr passiert sei. Allein im Jahr 2023 seien ein anglikanischer Friedhof, eine maronitische Kirche verwüstet und ein katholisches Kloster beschädigt worden.

Da das Interview sich auf die Situation der Christen konzentriert, ist nur indirekt angedeutet, dass auch Muslime und Nichtreligiöse ähnlich unfreundlich behandelt werden. Bestimmte christliche Kirchen, vor allem das griechisch-orthodoxe Patriarchat und der katholische Franziskaner-Orden, werden wegen ihres umfangreichen Grundbesitzes in Jerusalem aber besonders stark wahrgenommen und sind bei jüdischen Nationalisten ein Stein des Anstoßes. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.5.23)

(5822) **Tel Aviv.** Nach der Verabschiedung des Etats für die nächsten zwei Jahre durch das rechtsorientierte Regierungsbündnis entzündeten sich erneut Proteste der Säkularen wegen der erweiterten Zugeständnisse für die besonders Religiösen. Großzügiger als bisher werden verheiratete Ultraorthodoxe bedacht, die religiöse Studien betreiben. Sie erhalten staatliche Subventionen, tragen aber nichts zum Bruttoinlandsprodukt bei. Dadurch dürfte die Zahl der erwerbstätigen Religiösen um

fünf Prozent schrumpfen, während die Steuern der arbeitenden Bevölkerung weiter steigen werden. (*Der Spiegel*, 27.5.23)

### *Japan*

(5823) **Tokio**. Obwohl die engen Verbindungen der als Moon-Sekte bekannten *Vereinigungskirche* zur Regierungspartei LDP nach dem Mord an Ex-Premier Abe ins Gerede gekommen ist (vgl. Meldung 5672 in *MIZ* 3/22), hat die Verflechtung beider Organisationen in jüngster Zeit eher noch zugenommen. Beide verbindet vor allem ein sehr konservatives, patriarchalisches Verständnis von Familie.

Die Sekte unterstützt systematisch bestimmte Kandidaten der LDP durch Werbung und Wahlaufforderungen an die eigenen Anhänger, sobald diese Politiker ihrerseits ein schriftliches Sympathiebekenntnis zugunsten der *Vereinigungskirche* abgeben. Auf diese Weise wurden bei den landesweiten Regional- und Kommunalwahlen im April 2023 mehr als 90 Prozent der so unterstützten LDP-Kandidaten wiedergewählt.

(*Süddeutsche Zeitung*, 6.5.23)

### *Pakistan*

(5824) **Islamabad**. Die Entscheidung der pakistanischen Regierung, angebliche Gotteslästerer künftig auch wegen Terrorismus anzuklagen, sorgt bei Minderheiten im Land für Angst. „Das wird nur willkürliche Verhaftungen fördern und die Gefahren für die Opfer erhöhen. Es stellt die Aussicht auf ein faires Verfahren in Frage und verstößt somit gegen internationale Verträge“, sagte der Vorsitzende der Menschenrechtsgruppe *Voice for Justice*.

Innenminister Sanaullah hatte mit der radikalislamischen Partei *Tehreek-e-Labbaik (TLP)* eine Vereinbarung über Anwendung des Antiterrorgesetzes auf jeden unterzeichnet, der wegen Verunglimpfung des Propheten Mohammed verurteilt wurde. Die *TLP* hatte am 22. Mai von der Hafenstadt Karatschi aus einen 25-tägigen Marsch mit Tausenden Anhängern nach Islamabad gestartet, um strengere Strafen und schnellere Gerichtsverfahren in Blasphemiefällen zu fordern.

Blasphemie kann nach pakistanischem Recht mit dem Tod bestraft werden. Der Tatbestand ist jedoch vage definiert und erfordert vor Gericht nur wenige rechtlich eindeutige Beweise. Die Blasphemiegesetze werden häufig als Waffe bei Streitigkeiten um Geld, Eigentum oder Geschäfte gegen Muslime und Nicht-Muslime eingesetzt. In dem von religiösen Spannungen geprägten Pakistan führen oft schon bloße Anschuldigung wegen Blasphemie zu Lynchjustiz.

Im Januar 2023 hatte das Parlament schon eine Gesetzesverschärfung verabschiedet, durch die Strafen für die Beleidigung der Ehefrauen und Familienangehörigen des Propheten auf zehn Jahre und eine Geldstrafe von umgerechnet rund 4.000 Euro erhöht wurden. (*kathpress*, 20.6.23)